

**Gerhard Tummuseit in 14163 Berlin (GP.0458.18)**

**- Corona-Pandemie; Umgang mit Personen, die von der Maskenpflicht befreit sind**

**G46b-G8000-229536 -Gesundheit-**

Vorsitz: Bernhard Seidenath (CSU)

Berichterstattung: Christina Haubrich (GRÜNE)

Mitberichterstattung: Martin Mittag (CSU)

Abg. Christina Haubrich (GRÜNE) berichtet, der Petent, der sich mit seinem Anliegen an alle Landesparlamente gewandt habe, sei als Schwerbehinderter in Besitz eines Attests, das ihn von der Pflicht zum Tragen einer Maske befreie. In seinem Alltag fühle er sich daraufhin häufig diffamiert und ausgegrenzt; bereits mehrfach sei er aus Geschäften verwiesen worden.

Hierzu sei zu sagen, dass Geschäftsinhaber von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und Personen ohne Maske – auch dann, wenn diese in Besitz eines Attests seien – den Zutritt verwehren könnten.

Der Petent fordere nun, dass auf Schildern und Plakaten nicht wie bislang nur der Hinweis auf eine Maskenpflicht erfolgen solle, sondern in Ergänzung dazu der Passus stehen solle, dass, sollte keine Maske getragen werden, davon ausgegangen werde, dass der Nachweis einer medizinisch begründeten Befreiung von der Tragepflicht vorhanden sei.

Die Umsetzung eines solchen Hinweises sei nach ihrem Dafürhalten jedoch äußerst kritisch zu sehen; wesentlich praktikabler sei es, als Betroffener selbst auf die bestehende Befreiung von der Maskenpflicht hinzuweisen, als davon auszugehen, dass sich alle an diese Pflicht hielten und diese nicht umgingen. Das Tragen von Masken diene, so betone sie, dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger und stelle einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie dar.

Der Petent moniere zudem, es sei nicht zumutbar, jeder beliebigen Person sein Attest vorzeigen zu müssen.

Den Forderungen des Petenten könne aus ihrer Sicht nicht stattgegeben werden; sie empfehle daher Erledigterklärung.

**Abg. Martin Mittag** (CSU) schließt sich an.

**Abg. Andreas Winhart** (AfD) weist auf die seines Erachtens bestehende Diskriminierung von Personen hin, denen das Tragen einer Maske nicht möglich sei. Er führt an, viele Geschäftsinhaber wollten offenbar auf Nummer sicher gehen, statt eine Auseinandersetzung mit Ordnungsamt oder Polizei zu riskieren; selbst in den Gebäuden des Landtags hätten bekanntlich manche Kollegen diesbezüglich für ihr Recht kämpfen müssen.

Den Vorschlag, den der Petent selbst zur Lösung des Problems mache, halte er für konstruktiv und plädiere auch mit Blick darauf für Würdigung.

(Die Empfehlung des Abg. Andreas Winhart (AfD), die Eingabe der Staatsregierung zur Würdigung zu überweisen, wird mit den Stimmen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.)

**Beschluss:**

*Die Eingabe wird aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt erklärt.*

*Dem Petenten sind die Stellungnahme der Staatsregierung sowie ein Protokollauszug zu übersenden.*

*(mit den Stimmen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der AfD)*

**Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt**

**Abg. Christina Haubrich**  
**Abg. Martin Mittag**  
**Abg. Andreas Winhart**